



Tarifverhandlungen 2023

Seite an Seite – Tarifbeschäftigte und Beamte

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wir alle spüren die Auswirkungen der Inflation, selbst wenn einige von einem leichten Rückgang ausgehen. Ganz aktuell steigen die Spritpreise und beim Wocheneinkauf ist längst deutlich, dass immer weniger im Einkaufswagen landet.

Die Inflationsrate hat sich im Juli 2023 bei 6,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat abgeschwächt, liegt aber dennoch auf hohem Niveau. Im Juni 2023 hatte sie noch bei 6,4 Prozent und im Januar 2023 bei 8,7 Prozent gelegen. Wichtigster Faktor der Preissteigerungen blieben die Nahrungsmittel. Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich im Juli 2023 um 11 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

Um uns herum hatten in diesem Jahr einige Arbeitnehmer/innen bereits Lohnerhöhungen erhalten. Die Tarifbeschäftigten im **Bund und bei den Kommunen** erhielten 200 Euro – plus 5,5 Prozent und mindestens 340 Euro ab 1. März 2024. Als Inflationsausgleich erhielten sie 1 240 Euro im Juni 2023 und 220 Euro monatlich von Juli 2023 bis Februar 2024. Beschäftigte bei der **Post** erhalten 340 Euro ab 1. April 2024 mehr. Die Postler erhielten einen Inflationsausgleich von 1 020 Euro im April 2023 und 180 Euro monatlich von Mai 2023 bis März 2024. Die Beschäftigten bei der **Deutschen Bahn** erhalten 200 Euro ab Dezember 2023 und 210 Euro ab August 2024 (Schiene/Bus) sowie einen Inflationsausgleich von 2 850 Euro im Oktober 2023. Im Bereich **Textil- und Bekleidungsindustrie West** erhalten die Beschäftigten 4,8 Prozent, mindestens 130 Euro ab 1. Oktober 2023 und 3,3 Prozent, mindestens 100 Euro ab 1. September 2024. Als Inflationsausgleich erhielten sie 1 000 Euro im April 2023 und erhalten 500 Euro im April 2024.

Aufgrund der unterschiedlichen Laufzeiten der Tarifverträge beginnen für die Tarif-



© DPoIG BW

beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder, also auch für uns, die Tarifverhandlungen im Oktober 2023. Mit einem Ergebnis rechnen wir in der ersten Dezember-Woche. Erst im Anschluss daran kann man auch mit einer Diskussion über eine Besoldungsanpassung rechnen, die dann eines Gesetzes bedarf.

Nicht nur, aber auch, weil sich die Besoldungserhöhungen oft an den Tarifergebnissen orientieren, sitzen wir nicht nur bei der täglichen Arbeit, sondern auch hier in einem Boot.

Wir brauchen eine hohe Zahl an arbeitskampfwilligen Tarifbeschäftigten, aber auch Beamte – welche nicht streiken dürfen –, die uns bei unseren Aktionen unterstützen. Wer ein ähnlich gutes Ergebnis will, muss auch beweisen, dass er ähnlich wie die Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen bereit ist, auf die Straße zu gehen. Zumal es gegenüber den anderen Abschlüssen bei uns keine Schlichtungsvereinbarung gibt.

Seit Wochen bereiten wir die unterschiedlichsten Aktionen vor. Dazu haben wir früh eine Arbeitsgruppe gebildet. Im Mittelpunkt könnte aber auch

eine zentrale Kundgebung – vielleicht in Stuttgart – stehen. Aufgrund der Friedenspflichten darf man einen Termin nicht festlegen. Ginge es aber nach uns, könnte ein Termin für zentrale Aktionen der 30. November 2023 sein.

Meine herzliche Bitte an alle DPoIG-Mitglieder: Bitte beachtet unsere Ankündigungen und Aufrufe. Bitte plant in der letzten November-Woche mal einen Tag für eure Gehaltserhöhungen ein. Das gilt besonders für alle, die im Schichtdienst arbeiten und am Aktionstag frei haben. Lasst uns Schichtausflüge und Kollegen/innen-Treffen organisieren. Lasst uns deutlich machen, dass wir ähnliche Gehaltserhöhungen möchten wie im Bund. Lasst uns zeigen, dass diese Polizei, die täglich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgt, mehr verdient als „leere“ Worte. Nein, wir wollen nicht, dass es im Geldbeutel klingelt. Es soll ein sanftes Rascheln sein. Eben genauso, wie wenn man mehrere größere Geldscheine reibt und in die Geldbörse presst.

*Ihr/euer
Edmund Schuler,
Landes- und
Bundestarifbeauftragter,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Inhalt

- 2 Nur 1 543 Euro Rente nach 45 Jahren
- 2 Tarifverhandlungen – Regionalkonferenzen in Stuttgart
- 3 DPoIG-Spätlese Der DPoIG-Polit-Treff auf dem Stuttgarter Weindorf
- 4 Daran arbeiten wir
- 6 Klausurtagungen: Die Arbeit vor Ort organisieren
- 7 Willi Burger, Inspekteur der Polizei a.D., für über 60 Jahre Mitgliedschaft geehrt
- 8 Klaus Ziwey geht in den Ruhestand

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Nur 1 543 Euro Rente nach 45 Jahren

Nach 45 Versicherungsjahren erhalten die Deutschen im Durchschnitt eine Rente von 1 543 Euro pro Monat. Der Unterschied zwischen Frauen und Männern beträgt mehrere Hundert Euro: Männer kommen nach 45 Versicherungsjahren auf eine Rente von durchschnittlich 1 637 Euro und Frauen auf 1 323 Euro. Die durchschnittlichen Renten im Westen und im Osten des Landes gehen ebenfalls auseinander: In Westdeutschland bekommen Männer und Frauen nach 45 Jahren in der Rentenversicherung durchschnittlich

1 605 Euro im Monat – im Osten sind es 1 403 Euro im Monat.

► **Schuler: Ampel muss Renten außerordentlich erhöhen**

Edmund Schuler, der Landes- und Bundestarifbeauftragte der DPoIG, kritisiert die Rentenhöhe scharf: „Im Durchschnitt 1 543 Euro Rente nach 45 Jahren Arbeit ist eine beschämende Bilanz der Rentenpolitik der letzten zwei Jahre. Wer jahrzehntelang eingezahlt hat, muss eine gute Rente er-



► Edmund Schuler im Gespräch mit dbb Vize Volker Geyer (von rechts)

halten, die den erarbeiteten Lebensstandard sichert.“

Das Hauptproblem in Deutschland ist ein zu geringes Rentenniveau, das im europäischen Vergleich abfällt. Schuler verlangt eine Rentenerhöhung: „Ich fordere in diesem Jahr eine

außerordentliche Rentenerhöhung von mindestens zehn Prozent als Inflationsausgleich für alle Rentner. Es darf nicht sein, dass Minister und Staatssekretäre 3 000 Euro Inflationsprämie kassieren, aber Rentner real weiter Kaufkraft verlieren.“

Tarifverhandlungen – Regionalkonferenzen in Stuttgart

Schuler: „Wir werden ordentlich Druck machen müssen“.

Auf einer Reihe von Regionalkonferenzen diskutiert der dbb mit den Fachgewerkschaften und den Landesbünden aktuell die Forderungen und Ziele der Einkommensrunde. Am 12. September 2023 fand in Stuttgart eine dieser Regionalkonferenzen statt. Und natürlich unter starker Beteiligung der DPoIG-Tarifvertreter/innen. Mit dabei war der stellvertre-

tende Bundesvorsitzende und Tarifchef des dbb, Volker Geyer, und vom BBW Beamtenbund Tarifunion aus dem Ländle der dortige Tarifexperte Jörg Feuerbacher, der auch der Landesleitung des BBW angehört.

Im Anschluss an die Konferenz zog Edmund Schuler mit seiner Delegation ein positives Resümee: „Es ist wichtig, dass wir

uns bei solchen Veranstaltungen einbringen. Es ist wichtig, dass wir uns da als Tarifler einbringen. Es geht um uns – um die Tarifbeschäftigten“, so Schuler.

Klare Botschaften kamen auch aus der Delegation. Es sei wichtig, dass man sich jetzt für strukturelle Ergebnisse einsetzt. Es sei wichtig, dass man

mindestens das Ergebnis aus der Tarifrunde der Kommunen und des Bundes aus dem Frühjahr erreicht. Und es sei wichtig, dass solche Veranstaltungen nicht dazu genutzt werden, um Auswirkungen auf die Beamten oder Ruheständler zu diskutieren. Es gelte ganz besonders, den Blick für die Tarifbeschäftigten zu schärfen. Dazu gehört auch die Rente, denn sie ist ein Ergebnis der gesamten Beschäftigungsdauer bei Tarifbeschäftigten.



► Geschlossen und stark vor Ort: die Teilnehmer/innen an den Regionalkonferenzen



DPoIG-Spätlese

Der DPoIG-Polit-Treff auf dem Stuttgarter Weindorf

Seit Jahren, mit kleiner Coronapause, lädt die DPoIG Baden-Württemberg Gäste aus der Politik, der Polizei, den Medien und der Wirtschaft auf das Stuttgarter Weindorf ein – eine Veranstaltung, die auch in diesem Jahr gewerkschaftspolitisch von großer Bedeutung war. Selten kann man innerhalb kürzester Zeit politisch so vielen Akteuren begegnen und hat die Möglichkeit, Impulse zu setzen.

Der Staatsanzeiger titelte: „Schließlich kommt beim traditionellen Treff der Deutschen Polizeigewerkschaft auf dem Weinfest am Stuttgarter Marktplatz das Who is who der baden-württembergischen Innenpolitik zusammen.“ An einem Dienstagabend war es wieder einmal so weit, und die Gästeliste konnte sich sehen lassen.

In der Tat, in einem abgelegenen Teil einer Laube, nur schwer einsehbar, trafen sich die Politikgrößen zum gemütlichen Austausch: die beiden Fraktionschefs der Regierungskoalitionen, Manuel Hagel (CDU) und Andreas Schwarz (Grüne); der Hauschef des Innenministeriums, Ministerialdirektor Rainer Moser, und der neue Innenstaatssekretär Thomas Blenke (CDU); der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses im Landtag und Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium, Guido Wolf, und seine Nachfolgerin im Amt des Justizministers, Justizministerin Marion Gentges (CDU); von der FDP-Fraktion konnte man Frau Julia Goll, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion und innenpolitische Sprecherin, sowie Nico Weinmann, Mitglied im Innenausschuss und Ständigen Ausschuss

des Landtags, begrüßen. Aus Berlin war der DPoIG-Bundeschef Rainer Wendt gekommen, dessen Anreiseweg am weitesten war. Einen wesentlich kürzeren Weg hatte der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Dr. Frank Nopper, der sich ebenfalls diese Veranstaltung nicht entgehen ließ.

Aus benachbarten Verbänden waren der scheidende Landes seniorenvorsitzende des BBW, Waldemar Futter, und der Vorsitzende der größten Lehrergewerkschaft – VBE, Gerhard Brand, gekommen. Zahlreiche Vertreter der Wirtschaftsverbände, Banken und Versicherungen sorgten mit ihrer Präsenz dafür, dass man beim Blick auf den öffentlichen Dienst auch die wirtschaftlichen Entwicklungen beachtete. Fast die gesamte DPoIG-Landesleitung war vor Ort und konnte mit

weiteren Mandatsträgern auch für so manchen polizeifachlichen Input sorgen.



Für den DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer sind es solche Veranstaltungen, die einen wirklich großen Mehrwert haben. „Es sind letztlich immer die persönlichen Kontakte und Beziehungen, die uns weiterbringen. Und im Grunde genommen sind es derzeit die Fraktionen, die unsere Forderungen tragen. Man spürt den großen Einfluss der Legislative gegenüber der Exekutive“, so Ralf Kusterer.

© DPoIG BW (20)



DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt



Justizministerin Marion Gentges



Justizminister a. D. Guido Wolf



Fraktionsvorsitzender CDU – Manuel Hagel



Stellvertretende Fraktionsvorsitzende FDP – Julia Goll



Staatssekretär Thomas Blenke



Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen – Andreas Schwarz



MD Rainer Moser



Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper mit Ralf Kusterer



Landesgeschäftsführer Debeka – Jens Ehret



Institusleiter Hochschule für Polizei – Volker Walter



MdL FDP – Nico Weinmann



BBW-Seniorenbeauftragter Waldemar Futter



Direktor HUK Coburg – Ullrich Waldheim



Ressortleiterin Schwäebische Zeitung – Katja Korf



Polizeipräsident RT – Udo Vogel



Direktor Debeka – Stefan Naumann



VBE-Bundes- und Landesvorsitzender – Gerhard Brand



Direktor BBBank – Michael Lutz



© DPoIG BW

Daran arbeiten wir

Nicht alle Themen, denen wir uns aktuell zuwenden, erhalten in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit, die sie eigentlich benötigen. Deshalb greifen wir in dieser Rubrik einzelne Themen heraus, an denen wir (auch) aktuell arbeiten.



© DPoIG BW

Thilo Marien,
Bezirksvorsitzender
Ludwigsburg

Funk-/Breitband- frequenzen

Auf der World Radio Conference 2023 (WRC 23) wird Ende des Jahres über die Zuweisung des sogenannten UHF-Bands (Frequenzbereich 470–694 MHz) ab 2030 entschieden werden. Bislang ist dieser Frequenzbereich ausschließlich dem Rundfunk- und Kulturbereich zur Nutzung zugewiesen; Ziel ist die gemeinsame und gleichberechtigte Nutzung durch diese

Bereiche sowie die für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und Bundeswehr.

Ohne eigene Frequenzen im UHF-Band werden die sicherheitspolitischen Anforderungen der heutigen Zeit und der Zukunft (zum Beispiel Terrorlagen, Naturkatastrophen, Energiemangellagen) nicht umsetzbar sein. Es wird dann circa ab dem Jahr 2032 keine digitale Souveränität für die einsatzkritische Sprach- und Datenkommunikation von Polizeien, Feuerwehren, Rettungsdiensten, Katastrophenschutz und weiteren BOS mehr geben.

Im Vorfeld der WRC 2023 ist eine einheitliche europäische Positionierung erforderlich, die wiederum eine vorherige innerdeutsche Abstimmung erfordert. Trotz intensiver Bemühungen seitens der Innenministerkonferenz (IMK) konnte bisher keine Lösung mit der Rundfunkkommission (RFK) zur gemeinsamen (koprimären) Nutzung des Frequenzbereiches gefunden werden.

Angesichts des aktuellen Sachstands und des sich schließenden Zeitfensters besteht Grund zur Sorge, dass den Bedarfen der BOS nicht Rechnung getragen wird. Schon beim Zuschlag der 450-Megahertz-Frequenzen an die connect GmbH im Jahr 2020 hatten die BOS auf die Dringlichkeit der Nutzung hingewiesen, leider vergeblich.



© DPoIG BW

Rolf Schlindwein,
Bezirksvorsitzender
PP Einsatz

Zulage für geschlossene Einsatzeinheiten

Es ist seit Jahrzehnten ein Dauerbrenner – die Forderung nach einer Zulage für die geschlossenen Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei und der Polizeipräsidien Mannheim, Karlsruhe und Stuttgart.

Die dort eingesetzten Beamten und Beamtinnen erhalten weder eine Wechselschichtzulage noch eine andere Schichtzulage. Dabei zählt es zum Wesen dieser Einheiten, dass sie den größten Teil ihrer Arbeitszeit außerhalb der regulären Arbeitszeiten erbringen und darüber hinaus sicherlich die „unplanbarsten“ Arbeitszeiten innerhalb der Polizei haben. Dienstpläne werden in der Regel durch Einsatzlagen vorgegeben. Die Arbeitszeiten werden oft geändert und eine längere Vorplanung ist kaum möglich.

Gerade diese unregelmäßigen Arbeitszeiten belasten den Körper, auch wenn viele junge Kolleginnen und Kollegen dort eingesetzt sind, die das nicht immer sofort wahrnehmen. Die Familie und Bekanntschaften leiden unter den Arbeitszeiten, weil dadurch auch planbare Freizeit kaum vorhanden ist. Man kann dabei die Belastungen an den Mehrarbeitsstunden erkennen, die beispielsweise im Jahr 2020 bei fast 850 000, also je Einsatzkraft durchschnittlich bei über 900 Stunden lagen.

Wir setzen uns deshalb weiterhin für eine Zulage ein. Diese kann sich durchaus an den Zulagen orientieren, die andere Bundesländer oder der Bund – teilweise gestaffelt und in der Höhe differenziert, bei Angehörigen der BFE oder eines taktischen Einsatzzuges – bereits gewähren. Wir sind übrigens nicht der Auffassung, dass man dazu den LOD neu regeln muss. Der LOD muss erhöht und diese Zulage neu gewährt werden. Es geht um besondere Belastungen.



Uniformlieferzeiten/ Logistikzentrum

Erst in der letzten Ausgabe haben wir über das Thema Uniform berichtet. Die Lieferzeiten des LZBW haben sich bedauerlicherweise schon seit 2022 deutlich erhöht.

Die Uniformträger/innen erleben erneut den Unterschied zwischen staatlichen Lieferungen und den heutigen Bestellmöglichkeiten in der freien Wirtschaft. Dabei scheint sich das Logistikzentrum BW, seitdem es vom Logistikzentrum der Polizei auf die gesamte Landesverwaltung ausgeweitet wurde, eher verschlechtert als fortentwickelt zu haben.

Auch deshalb fordern wir seit Jahren eine deutliche Verbesserung des Shopsystems, bei dem auch eine Steuerung von Informationen, zum Beispiel eine automatisierte Benachrichtigung der Kundinnen und Kunden bei Bestelleingang oder vorübergehender Nichtverfügbarkeit von Artikeln beziehungsweise Lieferverzögerungen, möglich ist. Der Maßstab für das Logistikzentrum müssen die Portale und Bestellmöglichkeiten sein, die wir aus dem Alltag kennen, und entsprechend angepasst werden. Ohne ein zeitgemäßes, kundenfreundlicheres Shopsystem wird es nicht besser werden.

Dabei gehen wir davon aus, dass Lagerkapazitäten ausgeweitet und dem modernen Warenlieferer angepasst werden. Und natürlich fordern wir, dass dort ausreichend und qualifiziertes Personal eingesetzt wird, dem attraktive Löhne und ordentliche Arbeitsbedingungen geboten werden.



Bundeslandwechsel/ Wechsel zur Bundespolizei

Seit Jahrzehnten haben die Länder beschlossen, nur dann Beamte/innen aus anderen Bundesländern oder vom Bund zu übernehmen, wenn es einen Tauschpartner oder eine Tauschpartnerin gibt.

Im Grunde verhindert das trotz freier Stellen einen Wettbewerb der Besten. Und wenn wir hier „Besten“ schreiben, meinen wir nicht nur die Kompetenz der Kolleginnen und Kollegen, sondern auch die besten Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen.

Wir sind der Auffassung, dass man die Möglichkeiten eines Dienstherrnwechsels öffnen und nicht mehr so stark an sogenannten Tauschpartnern (oftmals 1:1) festhalten sollte.

Aktuell erleben wir, dass dieses „Tauschsystem“ durch das 4-Säulen-Modell Grenzen hat. Übernahme in A 10+Z im mittleren Dienst oder A 10 mittlerer Dienst gibt es so gut wie nicht mehr. Es sei denn, man nimmt eine Degradierung – oft bis A 9 – hin. Gleiches gilt im gehobenen PVD, bei dem die ersten „Wechsler“ bereits nach A 9 degradiert wurden.

Baden-Württemberg ist gerade durch das 4-Säulen-Modell, aber auch durch die freie Heilfürsorge für viele Beamte/Beamtinnen anderer Länder attraktiv. Dabei darf man nicht aus dem Auge verlieren, dass nur durch eine andere Verfahrensweise bei der Übernahme auch ein Druck für die Polizeien beispielsweise in Rheinland-Pfalz entsteht, ebenfalls bessere Zukunfts- und Wirtschaftsperspektiven zu schaffen.



Einstellungen

„Weit mehr als 230 Polizeiausbildungsplätze bisher unbesetzt.“ Das war eine der Schlagzeilen der vergangenen Wochen. Und wir werden erst in den kommenden Tagen erfahren, ob freie Plätze aus den März- und Juli-Einstellungen ausgeglichen werden können, woran im Grunde kaum einer glaubt.

Im März konnten 101 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Im Juli waren es 135 unbesetzte Stellen. Ob man es im Herbst schafft, zu den geplanten 392 Auszubildenden weitere circa 236 Auszubildende einzustellen, bleibt offen. Wir werden es erst Mitte September wissen. Dabei ist es schon merkwürdig, wenn das Innenministerium Berichte darüber scheut, weil man Angst hat, man würde diese Stellen streichen. Fakt ist und bleibt, dass aus welchen Gründen auch immer, die Polizei Baden-Württemberg erstmals die Plätze nicht mehr besetzen kann.

Für uns ist das Ausbildungsdebakel ein tiefer Einschnitt in die Personalplanungen der Polizei mit Langzeitwirkung. Die fehlenden Polizisten und Polizistinnen spüren wir in zweieinhalb bis vier Jahren, wenn diese ihr Studium/ihre Ausbildung abgeschlossen hätten, um auf der Straße für Sicherheit zu sorgen. Und es besteht die Sorge, dass dies erst der Anfang ist.

Klar ist für die Deutsche Polizeigewerkschaft, dass die Einstellungsvoraussetzungen nicht abgesenkt werden dürfen. Der Polizeiberuf wird immer anspruchsvoller. Er wird nicht nur gefährlicher, sondern man braucht auch höhere Kenntnisse in den Rechtsgebieten und muss handlungssicher einschreiten können. Die gesundheitlichen Voraussetzungen sind nicht verhandelbar. Gleiches gilt für Wissensgrundlagen, etwa in Deutsch oder Allgemeinbildung. Körperliche Fitness und Intelligenz sind Grundpfeiler der anspruchsvollen Ausbildung und späteren Tätigkeit.

Der Blick auf die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt reicht nicht. Wir wollen und wir brauchen die Besten. Und dazu gibt es keine Alternative.



Klausurtagungen

Die Arbeit vor Ort organisieren

Das Wort Klausurtagung kommt aus dem Lateinischen („claudere“ heißt „abschlie-

ßen“ oder „verschließen“). Ihr könnt keinen von draußen fragen, seid mit eurer Arbeit

für eine bestimmte Zeit alleine im Klausurraum. Die Teilnehmer/innen diskutieren wichtige Themen der Verbandsarbeit und Themen des beruflichen Umfelds. Zahlreiche Mandats-

träger haben sich unter dieser Beschreibung in den vergangenen Wochen zurückgezogen und auf die Arbeit in der DPoIG fokussiert.





Willi Burger, Inspekteur der Polizei a. D., für über 60 Jahre Mitgliedschaft geehrt

Am 15. August 2023 ehrten der DPoIG-Landesehrenvorsitzende Dieter Berberich und der amtierende Landesvorsitzende Ralf Kusterer gemeinsam mit dem zuständigen Bezirks- und Kreisvorsitzenden Thilo Marien den Inspekteur der Polizei a. D., Willi Burger, für dessen mehr als 60-jährige Mitgliedschaft in der DPoIG.



© DPoIG BW

> Ralf Kusterer, Willi Burger, Dieter Berberich, Thilo Marien (von links)

Auf der überreichten Ehrenurkunde wird dabei zu lesen sein: „Wir bedanken uns für die jahrzehntelange Treue, die uns in schwierigen Zeiten begleitet hat. Diese Verbundenheit war auch im späteren höchsten uniformierten Dienstgrad der Polizei Baden-Württemberg für den Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft von ganz besonderer Bedeutung. Wir sind dankbar für die Beratung und Begleitung durch einen der höchsten Leitungsbeamten im Innenministerium, der sich dort höchsten Verdienste erworben und sich mit großem Engagement für eine leistungsfähige und werteorientierte Polizei eingesetzt hatte.“

Mehrere Seiten hätten nicht ausgereicht, um das Wirken des Jubilars in seiner dienstlichen Amtszeit auch nur zu streifen. Aber bei einem gemeinsamen Abendessen konnte die kleine Runde einen

Exkurs in die polizeiliche Vergangenheit machen. Und vielleicht hätte an diesem Abend mancher amtierende Entscheidungsträger dabei sein sollen, um zu erleben, warum auch die Polizei Baden-Württemberg einen Inspekteur der Polizei braucht. Vielleicht einen wie Willi Burger. In einer Handwerksfamilie aufgewachsen und mit handwerklichen Fähigkeiten ausgestattet, dann den Weg in die Polizei gefunden und über die verschiedensten operativen Tätigkeiten bis an die Spitze gearbeitet. Die älteren Mitglieder werden ihn noch unter dem Spitznamen „Raketen-Willi“ kennen. Dahinter stecken strategische und taktische Glanzleistungen im Zusammenhang mit der Stationierung der amerikanischen Pershings in unserem Land. Polizeiliche Meisterleistungen mit diplomatischem Gespür. Operative Führung erster Klasse, die ihn sogar in die höchsten politischen Kreise der amerika-

nischen Armee und Politik geführt haben. Einer, der im wahrsten Sinne des Wortes die Eisen aus dem Feuer geholt hatte.

Heute ist der Träger des Verdienstordens des Landes 84 Jahre alt, aber mental und körperlich absolut fit. Er engagiert sich immer noch in den verschiedensten Gremien, so beispielsweise im Förderverein des Krankenhauses Leonberg,

bei dem er aktuell in einer Phase der Neuorientierung eine wichtige Rolle einnimmt. Nachdem er 1999 aus dem Polizeidienst ausgeschieden war, holte ihn der Fußballverband FiFa bei der Weltmeisterschaft 2006 als Sicherheitschef nach Stuttgart. Über Wochen hinweg steuerte er über 1000 Sicherheitskräfte und hatte die Hoheit über alle sicherheitsrelevanten Abläufe rund um das Stadion. In dem von der Bundesregierung erstellten nationalen Sicherheitskonzept, das auch die Mitwirkung der Polizei und des Katastrophenschutzes einschloss, hatte er vor Ort das letzte Wort im Stadionbereich. Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatte ihn darum gebeten. Den Verdienstorden des Landes hat er übrigens gemeinsam mit Jean-Claude Juncker, dem Premierminister Luxemburgs, und Silvius Dornier, dem dritten Sohn des Luftfahrtpioniers Claude Dornier, erhalten.

Die DPoIG wünscht Herrn Willi Burger weiterhin beste Gesundheit und viel Spaß, wenn er bei der Fahrt mit seinem Cabrio seinen Ruhestand genießt. ■

Einladung

zur Jahreshauptversammlung des DPoIG-Kreisverbandes Göppingen am **Donnerstag, 12. Oktober 2023, um 17 Uhr**, im Clubhaus des 1. FC Eislingen, Haldenstraße 45, 73054 Eislingen

Wir laden alle Mitglieder zu unserer Jahreshauptversammlung 2023 ein.

Wir hoffen auf ein zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder.

Für Speisen und Getränke ist gesorgt.

Um Anmeldung wird gebeten: Günther Zerbe – gueze@live.de.



Klaus Ziwey geht in den Ruhestand

Landeskriminaldirektor und Interimsinspekteur

Wenn eine Zusammenarbeit sehr gut und der persönliche Kontakt einfach bestens war, dann ist es mehr als eine Geste, wenn man sich verabschiedet. Es war dem scheidenden Interimsinspekteur und Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey wichtig, zu einem Abschiedsgespräch Ende August 2023 auf die Landesgeschäftsstelle der DPoIG zu kommen.

übten. Fortan fanden intensive Beratungen von Grundsatzangelegenheiten der Kriminalitätsbekämpfung und Kriminalprävention sowie Fragen und Strategien der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit in einem engeren Austausch als bisher mit der DPoIG statt.

Klaus Ziwey, Jahrgang 1962, begann nach dem Abitur und

direktor ernannt. Mit der Politikaffäre und der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses übernahm er zunächst als Vertreter des Inspektors der Polizei dessen Aufgaben zusätzlich und anschließend im Hauptamt. Wer diese Vita liest, spürt, dass es sich hier um einen erfahrenen Kriminalbeamten handelt, der aufgrund strategischer und operativer Kenntnisse das höchste Amt der Kriminalpolizei begleitet.

zentraler DPoIG-Forderungen. Etwa die Freifahrtregelungen für Kripobeamte, die dringend auf alle Züge der Bahn ausgeweitet werden müssen. Die Einführung beziehungsweise Erhöhung des Leichengeldes, Verbesserungen in der Ausstattung und Ausrüstung der Kriminalpolizei. Zentrale Ansätze zur Steigerung der Attraktivität der Kriminalpolizei, bei der als kleines äußeres Zeichen die Kripomärke bezeichnet werden kann. Personelle Verbesserungen, auch wenn diese erst mit einer deutlichen Steigerung des Personals umgesetzt werden können. Insofern hat diese enge Zusammenarbeit der DPoIG mit Klaus Ziwey in den unterschiedlichsten Funktionen Früchte getragen. Dabei dürfte am Ende seiner Amtszeit die Schutzpolizei etwas mehr in das Bewusstsein getreten sein. Nicht nur, aber sicherlich auch, weil seine Tochter sich ganz bewusst zum Beginn ihrer Laufbahn als POKA'in für einen Start bei der Schutzpolizei entschieden hat.



> Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert, Interimsinspekteur Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey, DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer

Immer wieder war die DPoIG-Landesgeschäftsstelle ein Ort der Begegnung, für interne Absprachen, Informationsaustausche, Diskussionen und gemeinsame Projekte. Im Grunde war es Klaus Ziwey, der 2017 das Amt des Landeskriminaldirektors übernommen hatte und aktiv auf die DPoIG zugekommen ist und eine neue Form der Zusammenarbeit pflegte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man das Gefühl, der LKD, wie man ihn gerne nennt, sei zwar der ranghöchste Kriminalbeamte, er würde aber die Aufsicht über die polizeiliche Kriminalitätsbekämpfung im Land und die Leitung des Referats Kriminalitätsbekämpfung, Prävention, Kriminalogie eher im Stillen aus-

Wehrdienst seine polizeiliche Laufbahn 1982 als Kriminalanwärter bei der Polizeidirektion Esslingen. Nach dem Studium für den gehobenen Polizeidienst 1990 folgte das Dezerat Wirtschaftsdelikte der damaligen Landespolizeidirektion Stuttgart 1. Im Anschluss an den Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst 1996 folgten bis zum Jahr 2006 verschiedene Positionen beim PP Stuttgart und beim Landeskriminalamt. 2006 dann der Wechsel ins Landespolizeipräsidium. Ab 2011 war Klaus Ziwey Ständiger Vertreter und nach der Polizeireform 2014 Vizepräsident des Landeskriminalamts. 2017 übernahm er die Leitung des Referats 32 und wurde zum Landeskriminal-

Heute bekennt Ziwey, dass er mit den Aufgaben des Inspektors, der, soweit erforderlich, die Führung von Polizeikräften des Landes übernimmt, völlig ausgelastet war.

Denn neben den zentralen Fragen der Personalsteuerung im höheren Dienst oblag ihm die Steuerung und Koordinierung zentraler vollzugspolizeilicher Aufgaben, die Verantwortung über das Strategische Controlling, Qualitätsmanagement, die Interne Revision und er vertrat die Belange des Innenministeriums auf Bundesebene hinsichtlich Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung der Polizei.

In Ziweys Amtszeit fallen auch wesentliche Umsetzungen

Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer, der auch als Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei mit dem LKD und dem „I“-IdP Klaus Ziwey sehr vertrauensvoll und freundschaftlich verbunden zusammengearbeitet hat, bedankte sich bei ihm für das tolle und unkomplizierte Miteinander. Ein Miteinander, das trotz persönlicher Nähe stets von gegenseitigem Respekt und Anerkennung, hoher Professionalität, gegenseitigem Verständnis und klarem Bemühen um Verbesserungen für die Beschäftigten in der Polizei und die Mitglieder der DPoIG geprägt war. Auch dafür gilt dem scheidenden Klaus Ziwey ein herzliches „Vergelt's Gott“.